Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.60 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am ich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 75 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 566. Halle, Mittwoch, den 3. Dezember 1919. Einzelpreis 15 Pfg.

Die Vorgänge in Italien.

Generalstreik in Rom, Mailand und Florenz.

WTB. Rom, 2. Dezember. Stefani. Infolge einiger kleinerer Zwischenfälle, die sich am Montag in Rom ereigneten, wurde in Rom, Mailand und Florenz der Generalstreik erklärt. Der Streik war besonders am Nachmittag allgemein. Der Ausstand gab in den drei genannten Städten Anlaß zu patriotischen Kundgebungen. Überall bildeten sich Umzüge unter Hochrufen auf Italien und den König, die indessen um Störungen zu vermeiden, von der Polizei schließlich verboten wurden. Zwischenfälle waren bis jetzt nicht gemeldet, außer in Mailand, wo bei einem Zusammenstoß zwei Manifestanten getötet und zahlreiche Personen verletzt wurden. In Rom dauerte der Streik ohne besondere Zwischenfälle am Montag an. In einigen Kundgebungen kam es am Morgen. Da die Unverletzten sich der Bewegung angeschlossen haben, werden die Zeitungen heute abend und morgen früh nicht erscheinen.

Eröffnung der italienischen Kammer.

Rom, 2. Dezbr. (Stefani.) Zu Beginn der heutigen Kammersitzung leisteten die Sozialisten den Eid. Der Kandidat der Regierung, Orlando, wurde mit 251 Stimmen zum Kammerpräsidenten gewählt. Der Kandidat der Sozialisten Lazzari erhielt 143 Stimmen.

Die Thronrede des italienischen Königs.

Eine ergänzende „Stefani"-Meldung aus Rom teilt über die Eröffnung der italienischen Kammer noch folgendes mit:

Der König eröffnete die 25. Legislaturperiode mit einer Rede, in der er u. a. ausführte: Italien ist aus dem größten Kriege der Geschichte als einer der Sieger hervorgegangen. Sieger und Besiegte haben jetzt das gleiche Bedürfnis nach Arbeit. Die gleichen Gefühle der Gnade und der menschlichen Tugend sollen in jedem Lande herrschen. Durch den Krieg hat Italien seine natürlichen Grenzen erlangt, aber nicht alle Ansprüche Italiens sind überall mit dem gleichen Gerechtigkeitssinn gewürdigt worden. Der König hob den außerordentlich herzlichen Charakter hervor, der in den Beziehungen zu den alliierten und assoziierten Mächten bestehe.

Eine weitere Meldung besagt: Als der König und die Königin bei der Eröffnung der Legislaturperiode auf dem Monte Citorio eintrafen, wurden sie von einer begeisterten Menschenmenge empfangen. Nach übereinstimmenden Blättermeldungen wurden dem Königspaar noch nie Huldigungen so stürmischer Natur dargebracht. Als sie den Saal betraten, verließen die Sozialisten ostentativ den Raum. Nach dem „Secolo" haben die Republikaner an der Sitzung nicht teilgenommen.

Die Zusammenstöße in Rom.

Lugano, 3. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Bei der Rückkehr des Königspaares vom Parlamentsgebäude zum Quirinal wiederholten sich die begeisterten Kundgebungen der Volksmenge. Der König erschien dreimal auf dem Balkon des Palastes, um zu danken. Im Laufe des Tages kam es wiederholt in verschiedenen Stadtteilen, insbesondere vor dem Parlament und auf der Piazza Colonna, zu Zusammenstößen mit den Sozialisten, wobei auch sozialistische Deputierte verwundet wurden. Die Sozialisten erklärten den Generalstreik für Rom auf unbestimmte Zeit. Auch in Florenz ist der gestrige Tag stürmisch verlaufen. Militär besetzte die Hauptstraßen und Plätze, und einige Abteilungen feuerten in die Luft. Es gab eine Anzahl Verwundeter.

Die Verteilung der deutschen Flotte.

WTB. Paris, 2. Dez. (Havas.) Der Oberste Rat versammelte sich heute unter dem Vorsitz Clemenceaus. Er prüfte neuerlich die Frage der Zuteilung der Gruben von Saes an Ungarn, deren Ausbeutung die südslawische Regierung für sich beanspruocht. Der Oberste Rat teilte diesen Standpunkt nicht. Er beschloß, daß die Ausbeutung dieser Gruben dem Organisationskomitee der Wiedergutmachungs-Kommission übergeben werde. Der Rat setzte dann die Prüfung der Frage über die Zuteilung der deutschen Schiffe fort. Der Marineminister nahm an den Verhandlungen teil. Der Grundsatz der allgemeinen Demonstierung aller deutschen Kriegsschiffe wurde aufrechterhalten. Endlich beschloß der Rat, daß die deutschen U-Boote dasselbe Schicksal erleiden werden wie die übrige Flotte, das heißt, sie werden zerstört mit Ausnahme von 10 Einheiten, die Frankreich übergeben werden sollen.

Einigung im Hamburger Streik.

Hamburg, 3. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die Verhandlungen zwischen der Direktion und dem bisherigen Arbeiterrat der Vulkanwerft haben gestern nachmittag zu einer Einigung geführt dahingehend, daß die Angestellten, die ja überhaupt nicht entlassen waren, am Freitag die Arbeit auf der Werft wieder beginnen. Die Arbeiter werden mit Beginn der nächsten Woche, voraussichtlich am nächsten Mittwoch, die Arbeit wieder aufnehmen können. Die Einzelbedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit sind noch nicht begonnen, und es ist auch nicht feststehend, welcher Teil der Arbeiterschaft nicht wieder in den Betrieb aufgenommen wird. Man kann aber bereits heute übersehen, daß die Verwaltung sich in Gemeinschaft mit dem Arbeiterrat vorbehalten wird, nur einen gewissen Teil der Arbeiter wieder aufzunehmen, um die von den Linksradikalen ausgehende Anarchie, die jede vernünftige Arbeit unmöglich macht, für die Zukunft zu verhindern.

Mackensen in Berlin.

Berlin, 3. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Generalfeldmarschall von Mackensen ist heute vormittag 10 Uhr 10 Min. mit dem sehr pünktlichen Zuge von Kassel auf dem Anhalter Bahnhof angekommen. Er wurde von Hunderten seiner Kriegskameraden und von Tausenden der Berliner Bevölkerung jubelnd begrüßt.

Deutsche Kohlen für Frankreich.

Köln, 3. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Frankreich gehen jetzt täglich 300 mit Kohle beladene Wagen. Das macht monatlich 90 000 Tonnen und entspricht ungefähr dem Gesamtbedarf der preußischen Eisenbahnverwaltung.

Die Entente verlangt Unterdrückung der deutschen Militärorganisation.

Haag, 3. Dezember. (Eig. Drahtnachricht.) Der Oberste Rat hat auf einen Vorschlag Fochs beschlossen, von Deutschland die Unterdrückung der Militärorganisation, die im Widerspruch mit dem Friedensvertrag stehe, zu verlangen. Weiter hat der Oberste Rat den Auftrag gegeben, eine Antwort auf die deutsche Note über die Scapa Flow-Frage festzustellen.

Auch Budapest an der Schwelle der Hungersnot.

WTB. Budapest, 2. Dez. (Ungar. Korr.-Büro.) Der Weltkrieg, namentlich die auf den Krieg in Ungarn folgenden innerpolitischen Umwälzungen, zwei Revolutionen und 4½ monatige Proletariediktatur, die Ungarn 18 Milliarden Kronen kostete, sowie die hierauf folgende 3½ monatige militärische Besetzung durch rumänische Truppen haben Ungarn und insbesondere die ungarische Hauptstadt an den Rand des Verderbens gebracht.

Die heutige Nummer des Blattes „Virradat" schreibt: Budapest steht an der Schwelle der Hungersnot. Die gepeinigte Bevölkerung der besetzten Gebiete blickt sehnsüchtig nach dem Donau- u. Theißgebiet. Die Stimmung in dem den Ungarn verbliebenen Gebiet ist erregt, man wartet. Wir erfüllen pflichtgemäß unser Wahrwort, indem wir das aktive Interesse der Entente für die Heilung unserer Uebelstände erbitten. Möge doch schließlich ein Ziel gesetzt werden oder aber überlasse man uns selbst, daß wir uns unsere Existenzbedingungen wieder verschaffen.

Entente-Drohungen gegen Rumänien.

WTB. Paris, 2. Dez. (Havas.) Nach einer Meldung des „Matin" erklärte Harmsworth im englischen Unterhaus, daß man im Hinblick auf die Haltung der rumänischen Regierung beschlossen habe, alle für Rumänien bestehenden Erleichterungen aufzuheben, bis neue Abmachungen getroffen seien.

Der Grund der spanischen Ministerkrisis.

WTB. Madrid, 2. Dez. Die Ministerkrisis ist durch folgenden Zwischenfall herbeigeführt worden: 14 Generalstabsoffiziere, welche wegen eines Vergehens gegen die Disziplin abberufen worden waren, waren durch das oberste Gericht wieder in die Armee aufgenommen worden. Die Regierung wurde von den Militärbünden aufgefordert, sie aus der Armee zu entfernen. Am 29. November sollen dann alle Infanterie-Offiziere mit Einschluß der Generale verlangt haben, daß man sie in den Ruhestand versetze. Am Sonntag Nachmittag versammelte sich der Kabinettsrat und im Verlaufe dieser Sitzung reichte der Kriegsminister sein Rücktrittsgesuch ein. Am Abend begab sich Sanchez Toca in Begleitung des Kriegsministers zum König, um ihm die Demission des gesamten Ministeriums mitzuteilen. Nach Besprechung mit dem König begab sich Sanchez Toca mit dem Kriegsminister wieder in den Ministerrat, wo die Verhandlungen wiederum aufgenommen wurden.

Das spanische Kabinett bleibt.

WTB. Madrid, 2. Dez. (Havas.) Da der König dem Kabinett sein Vertrauen bestätigte, beschloß dieses, vollzählig im Amte zu verbleiben.

Wer verdient Strafe?

Lehrer oder Student?

Auf dem Parteitag der Deutschen demokratischen Partei hat der Marburger Student Lemmer im Juli in Berlin in der Aussprache über Kirchen- und Schulfragen, in Anknupfung an einen von der demokratischen Fraktion der Preußischen Landesversammlung gestellten Antrag auf Einführung von Vorlesungen über Politik an allen Hochschulen erklärt:

„Der Antrag ist sehr gut, jedoch wie ist seine Ausführung? In Marburg haben wir von diesen politischen Vorlesungen schon seit diesem Semester einen Vorgeschmack bekommen, und wie wird das in dem deutschen Volksstaat, in der deutschen Republik gehandhabt? Der reaktionärste Professor an der dortigen Universität bemüht sich, die geistige Jugend in die Politik einzuführen, und wie finden die Vorlesungen statt? In der Form, daß gegen die Republik, gegen die Demokratie in der entsetzlichsten Weise gehetzt wird. Es vergeht keine Vorlesung, wo nicht festgestellt wird, daß die internationale zersetzende Demokratie allein die Schuld trage an dem heutigen Elend, und es die höchste Zeit sei, daß das Gute in unserem Volk sich wieder Bahn breche, und das bewährte Alte wieder überall eingesetzt werde, und daß die geistige Jugend für die Zukunft dafür berufen sein soll, das Gute zum Durchbruch zu bringen."

Die tatsächlichen Angaben des Studenten Lemmer haben sich als durchaus richtig herausgestellt. Er hat sich also um die Universität Marburg und um die anderen Hochschulen verdient gemacht, sollte man meinen. In Wirklichkeit aber ist gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet und eine Strafe verhängt worden.

Zu diesem aufsehenerregenden Fall wird uns aus studentischen Kreisen geschrieben:

Wir haben die für einen demokratischen Staat doch wohl unerhörte Tatsache, daß ein Universitätsprofessor in öffentlicher Vorlesung über „Grundlagen der Politik" seinen Lehrauftrag dazu mißbraucht, gegen die bestehende Staatsform und die gegenwärtigen Regierungsmitglieder zu wettern, sich in herzlich wenig „akademischem" Ton Ausfälle gegen einen großen Teil der Presse und eine überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes (die diese ihre Mehrheit durch die Wahlen zu den Verfassungsgebenden Versammlungen deutlich genug bekundet hat) zu erlauben. Und wir haben auf der anderen Seite das Disziplinarverfahren in strengster Form gegen den Studenten, der sich gegen diese einseitig-parteipolitische Färbung einer „wissenschaftlichen" Vorlesung aufbäumt.

Aus diesem einfachen Grundtatbestand — der als solcher zumindest nun einwandsfrei feststeht — eröffnen sich für jeden Einsichtigen und ruhiger Ueberlegung Zugänglichen die ungeheuerlichsten Perspektiven. Man hat gegen die „Aufbauschung" dieses Vorganges zu einer Prestigefrage, zu einer Kraftprobe zwischen Reaktion und Demokratie, den Einwand der Lehrfreiheit erhoben. Es braucht wohl hier nicht ausdrücklich betont zu werden, daß niemand rückhaltloser und entschiedener geneigt ist, sich für die ausnahmslose Verwirklichung dieses demokratischen Postulats einzusetzen, als wir. Aber andererseits ist unseres Erachtens ein Unterschied zu machen zwischen Lehrfreiheit und — etwas anderem, das man unter spezieller Berücksichtigung des Marburger Falles vielleicht Schimpffreiheit nennen könnte. Jedoch auch ganz abgesehen von der äußeren Form der Ausübung dieser Lehrfreiheit, erscheint es uns doch sehr bedenklich, wenn man dieses Prinzip auch auf die akademische Propagierung einer gefühlsmäßigen Stimmung und einer parteipolitischen Ideo- und Phraseologie ausdehnen wollte, die unter dem ancien regime in die Kategorie des Hochverrats gefallen wäre, weil sie Auflehnung und Aufforderung zum Widerstand gegen die bestehende Staatsgewalt in sich schließt. Wenn, wie im vorliegenden Fall, einem Universitätsprofessor von Staats wegen der Lehrauftrag zuteil wird, junge Menschen, denen zumeist noch jedwede kritische Urteilskraft abgeht, und die daher in Lernbegierde und Wissensdrang den vorgetragenen Doktrinen um so schrankenloser sich erschließen, in die Politik einzuführen, d. h. doch ihnen das notwendige Rüstzeug an die Hand zu geben, das sie befähigen soll, in und für den Staat werktätig-aufbauende Arbeit zu leisten, treibende und stoßende Produktivitätsgesinnung zu bekunden — und ebendieser Professor es dafür unternimmt, seinen Zuhörern einen Geist des Widerspruchs und der Unduldsamkeit gegen diesen Staat einzuimpfen, sie mithin zu staatsunfreundlichen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191203035/fragment/page=0001

cententen, unfruchtbar-zersetzenden Gliedern des Gemeinwesens zu erziehen, so scheint uns hier eine Grenze der Lehrfreiheit ganz allgemein zu liegen.

Vor allem aber möge man die schweren und nachhaltigen Schäden nicht außer acht lassen, die durch einen derartigen Mißbrauch „akademisch-wissenschaftlichen" Unterrichts der Allgemeinheit erwachsen. Diese jungen Leute, die heute in einem Auditorium beisammensitzen, gehen sehr bald wieder nach allen Himmelsrichtungen in die Lande hinaus. Dann aber tragen sie den ihnen anerzogenen „angebildeten" Geist der Unsachlichkeit, Voreingenommenheit, sozialen Ueberheblichkeit mit sich. Anstatt als berufene Führer des Volkes in leidenschaftsloser Weise Aufklärung im Volke zu verbreiten, die stürmisch hochgehenden Wogen des Aufstandes und der Erregung zu glätten, Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu schaffen und zu fördern, wühlen sie dann die Massen täglich von neuem auf, lassen sie mit Bewußtheit nicht zur Beruhigung und Besänftigung kommen, zerreißen, zerfleischen, zersetzen immer mehr. Anstatt eine geschlossene Phalanx nationaler Gesinnung als Mittel zur staatlichen Wiedergeburt zu erkennen und heiß zu erstreben, sprechen sie überwiegenden Teilen des Volkes diese nationale Gesinnung überhaupt ab, ziehen sie eine scharfe Trennungslinie zwischen sich und jenen vermeintlichen „vaterlandslosen Gesellen", die mit all ihrem Gut und Blut, mindestens ebenso eindringlich und erschütternd wie jene, den Beweis ihres Nationalbewußtseins, ihrer glühenden Vaterlandsliebe erbracht haben. Anstatt die harmonische Ueberbrückung von Klassenhaß und Klassenkampf als unumgängliche Voraussetzung des Aufstiegs deutschen Wirtschaftslebens ernsthaft und verantwortungsbewußt zu betreiben und vorbildlich zu betätigen, erweitern sie durch ständisch-exklusive Abhebungen, durch höchst unsozialen Zusammenschluß, unsozial, weil er Abschluß gegenüber den Massen des Volkes bedeutet, die zwischen ihnen und den nichtakademischen Schichten der Bevölkerung bestehende Kluft immer mehr und mehr.

Wird man diesen Gefahren, ihrer ganzen eminenten Bedeutsamkeit entsprechend, rechtzeitig und wirkungsvoll zu begegnen wissen? Oder wird man es geschehen lassen, daß aus deutschen Hochschulen schwelende Brutstätten staatsfeindlichen und unsozialen Geistes werden? Es ist aufs dringendste zu wünschen und zu hoffen, daß vom Kultusministerium im Bälde ein erlösendes Wort gesprochen wird.

Ein neuer Vogelzug.

Unter dieser Ueberschrift lesen wird in der „Berl. Volkszeitung":

Der „Vorwärts" bringt in seiner heutigen Morgenausgabe die nachstehende Meldung:

„Britische Zerstörer haben bei Kiel zwei Schlepper abgefangen und geleiteten sie mit den deutschen Seeoffizieren an Bord in den Hafen von Dover. Man glaubt, daß sie den Plan hatten, in der Nacht aus Kiel zu entweichen und Südamerika zu erreichen. Dieses Vorhaben sollte vereitelt werden. — Reuter meldet, daß die Fahrgäste deutsche Marineoffiziere, hauptsächlich U-Boot-Kommandanten waren, die sich der befürchteten Auslieferung durch die Flucht nach Südamerika entziehen wollten. Die Schiffe liegen in London."

Hierzu bemerkt die „Berl. Volksztg.": „Die verantwortlichen Stellen sollten dieser Angelegenheit eiligst nachgehen und eine Wiederholung solcher Abenteuerzüge in die neue Heimat des Oberleutnants Vogel verhüten. Wir denken heute noch nicht an die mit Erörterung der Auslieferungsfrage zu erwartenden neuen Verwicklungen mit den Alliierten, verlangen aber, daß die Regierung energischste Vorkehrungen gegen eine Flucht von Offizieren trifft, deren Bestrafung die Entente, auf Grund des nun einmal angenommenen Vertrages von Versailles, verlangt."

Man sollte es nicht für möglich halten, daß sich Derartiges in einem — demokratischen Blatte findet! Wir nennen das gut deutsch und einfach: schamlos! Ein demokratisches Blatt ermahnt die Regierung, doch nur ja recht eifrig Polizeibütteldienste für die Entente zu leisten, damit dieser auch nicht einer derjenigen Offiziere entwischt, die nach dem Willen der Pariser und Londoner Machthaber die Zellen der Entente-Gefängnisse füllen sollen! Wer es mit der Demokratie gut meint, kann ein so beispiellos erbärmliches Geschäftchel nicht energisch genug zurückweisen. Soll die Partei, der man zu Unrecht mangelnden nationalen Sinn vorwirft, nicht großen Schaden erleiden, sollen nicht Tausende von Wählern Anschluß nach rechts suchen, dann dürfte es sich empfehlen, daß auch Parteiorganisationen und Parteivorstand so weit wie möglich von den Ausführungen des zitierten Berliner Blattes abrücken. Die Entente kann vielleicht die Regierung zu Handlungen zwingen, die wir nie aufhören werden schmachvolle zu nennen, aber daß aus dem Volke heraus die Regierung noch ermuntert wird, die Schergendienste recht emsig zu versehen, dafür fehlen uns die Worte! Nur Leute, denen auch der kümmerlichste Rest eines nationalen Stolzes abhanden gekommen ist, können sich so weit erniedrigen, so weit vergessen! Die Regierung mag tun, was ihrem Amte und ihrer Pflicht entspricht, das Volk lehnt es ab, den Bütteldiensten auch nur im geringsten Vorschub zu leisten! Ehrliche Demokraten sind ehrliche Volksfreunde und diese vergessen niemals, daß die Schergendienste, die der Regierung hier in unerhörter Weise zugemutet werden, sich gegen deutsche Brüder und Volksgenossen richten!

C. H.

Die Organisation des wilden Rätesystems

Von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur (Sektion Halle) wird uns geschrieben: Während der Ausschuß des deutschen Reichstages die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Betriebsräte zu Ende geführt hat und auch bei den schwierigsten Fragen Kompromisse zustande gekommen sind, arbeitet der deutsche Radikalismus weiter an der Organisation des wilden Rätesystems. Es wird immer klarer, daß der Radikalismus versuchen wird, dieses Rätesystem durchzuführen, wenn das Betriebsrätegesetz in der Volksversammlung zum Scheitern kommen sollte.

Jetzt eben haben die unabhängigen Sozialdemokraten einen „Entwurf für das landwirtschaftliche Rätesystem" fertiggestellt, der in der hallischen Druckerei der Unabhängigen gedruckt worden ist und als dessen Herausgeber merkwürdigerweise immer noch der Vollzugsrat des Groß-Berliner Arbeiterrates verantwortlich zeichnet. Nach diesem Entwurf, der die gesamte Produktion in 14 Erwerbszweige einteilt, soll es geben: Bezirksräte, Bezirks-Gruppenräte, Bezirks-Wirtschaftsräte, Reichs-Gruppenräte und als oberste Instanz den Reichswirtschaftsrat. Im Hinblick auf das in den letzten Tagen in Berlin zustande gekommene Kompromiß des Betriebsrätegesetzes ist es interessant, zu sehen, welche Aufgaben die Betriebsräte nach dem Entwurf der Unabhängigen bekommen sollen. In der Aufzählung dieser Aufgaben, die natürlich weit über die Rechte hinausgehen, die die Betriebsräte nach den Beschlüssen des Betriebsrätegesetzes haben würden, wird gesagt:

„1. Der Betriebsrat ist die Vertretung aller Angestellten und Arbeiter des Betriebes.

2. Ueber die Gehalts- und Lohnangelegenheiten, die Arbeitsbedingungen, die Arbeitsordnung, über Einstellung, Versetzung, Beurlaubung, Kündigung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten entscheiden nach den für den Erwerbszweig von den Reichsgruppenräten aufgestellten Grundsätzen Betriebsleitung und Betriebsrat in jedem Falle gemeinsam.

3. Der Betriebsrat hat für weitgehenden Schutz der menschlichen Arbeitskraft ständig Sorge zu tragen. Er überwacht die peinliche Durchführung der berg- und gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften. Er wird bei Unfalluntersuchungen von der Betriebsleitung hinzugezogen. Auf die Hebung der Betriebssicherheit und Gesundheit ist ständig gemeinsam mit der Betriebsleitung durch technische Verbesserungen hinzuwirken.

4. Die Durchführung der sozialistischen Produktionsweise macht es den Betriebsräten zur Pflicht, für die Verbesserung der Arbeitsmethoden und Werkzeuge, für die technische Hebung und organisatorische Vereinfachung der Betriebsführung Sorge zu tragen.

5. Der Betriebsrat muß in alle Angelegenheiten des Unternehmens Einsicht nehmen. Dabei kann er seinen einzelnen Mitgliedern bestimmte Arbeitsgebiete zuweisen, jedoch erfolgt jede Stellungnahme zu irgendwelchen Vorgängen gegenüber der Betriebsleitung stets gemeinsam.

6. Die Ausführung der gemeinsam gefaßten Beschlüsse erfolgt durch die Betriebsleitung, die dem Betriebsrate dafür verantwortlich ist. Eigenmächtige, selbständige Eingriffe in die Betriebsführung stehen dem Betriebsrate nicht zu.

7. Bei Streitigkeiten zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat ist der Betriebsgruppenrat anzurufen, führt seine Vermittlung nicht zu einer beiderseitigen anerkannten Lösung des Konfliktes, so entscheidet auf Anruf der Bezirkswirtschaftsrat endgültig.

8. Die Wahl oder die Abberufung und Versetzung von Betriebsleitern erfolgt durch den Betriebsgruppenrat, in dem alle Betriebsräte vertreten sind. Der Bezirksgruppenrat ist berechtigt, die Regelung betrieblicher Angelegenheiten Revierräten zu übertragen.

9. Für jeden Industrie- oder Gewerbezweig werden zu diesen allgemeinen Anweisungen durch den Reichsfachgruppenrat Ausführungsbestimmungen erlassen, für deren Beachtung die Bezirksräte Sorge zu tragen haben."

Im Anschluß an diese Aufzählungen nimmt der Entwurf gleichzeitig zur Frage der Gewerkschaften Stellung. Als Aufgabe der Gewerkschaften während des Betriebsrätebaues werden nach dem unabhängigen Blatt aufgezählt:

„Da das wirtschaftliche Rätesystem die Funktionen der kapitalistischen Unternehmer und ihrer Organisationen zu übernehmen hat, sind, ebenso wie die Parteien, auch die Gewerkschaften bis zur völligen Durchführung des Sozialismus als bedeutsame Faktoren des proletarischen Befreiungskampfes aktionsfähig zu erhalten.

Den Gewerkschaften fallen insbesondere folgende Hauptaufgaben zu:

1. Die Vertretung der organisierten Arbeiterschaft bei Aufstellung der Lohn- und Arbeitsnormen.
2. Pflege der Solidarität.
3. Die Arbeitsvermittelung.
4. Regelung des Lehrlings- und Fortbildungswesens."

Der Entwurf der unabhängigen Sozialdemokratie bringt uns die traurige Gewißheit, daß der Kampf um die Betriebsräte mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der deutschen Volksvertretung noch nicht beendet sein wird. Das „Weihnachtsgeschenk der deutschen Arbeiterschaft" wird in der Agitation der unabhängigen Sozialdemokratie als viel zu gering bezeichnet. Für die unabhängige Sozialdemokratie wird die Vorlage, wie sie vom deutschen Reichstag zur Annahme gelangen wird, lediglich eine Etappe sein zu dem Ziel, das sie im Auge hat und keinen Moment aus dem Auge verliert.

Der Entwurf eines Kapitalertragssteuer-Gesetzes.

Der Nationalversammlung ist neben anderen Gesetzentwürfen auch der Entwurf eines Kapitalertragssteuer-Gesetzes zugegangen. Der Inhalt des Gesetzentwurfes über die Kapitalertragssteuer ist kurz folgender:

Von den Erträgen aus Kapitalvermögen wird eine Reichssteuer erhoben. Von dieser Steuer werden erfaßt die Zinsen und Renten der Leihkapitalien, die Dividenden, Zinsen, Ausbeuten und sonstigen Gewinne, welche entfallen auf Aktien, Kuxe, Genußscheine sowie auf Anteile an der Reichsbank, an Kolonialgesellschaften, an bergbautreibenden Vereinigungen; ferner Zinsen von Anleihen, die in öffentlichen Schuldbüchern eingetragen oder über die Teilschuldverschreibungen ausgegeben sind. Ferner Zinsen, die bei Lebensversicherungs-Unternehmungen auf die Prämienreserven der Versicherten rechnungsmäßig nach dem Geschäftsjahr entfallen; ferner Zinsen und Renten von Hypotheken und Grundschulden, Renten von Rentenschulden, sodann verschiedene Rentenbezüge, Zinsen aus den privaten Darlehen einschließlich der Einlagen bei Sparkassen und Banken, sowie Diskontbeträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schatzwechsel, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt. Bei Tilgungshypotheken und Tilgungsgrundschulden gilt nur derjenige Teil der Zahlung als Kapitalertrag, welcher auf den bereits noch nicht getilgten Kapitalrest als Zinszahlung entfällt. Steuerpflichtig sind die Erträge aus inländischen wie aus ausländischen Kapitalanlagen.

Gegenüber der Steuerbehörde ist der Schuldner verpflichtet, zu Lasten des Gläubigers die Steuer zu entrichten. Bei den Hypothekenzinsen usw. hat der Schuldner dem Gläubiger die Zahlung anzuzeigen und dabei Vordrucke, die vor dem Gebrauch abgestempelt sind, oder Stempelmarken zu verwenden. Vereinbarungen, wonach der Schuldner die Steuer zu Lasten des Gläubigers übernimmt, sind nichtig. Die Steuer beträgt 10 v. H.

Zum Schutz der kleinen Rente ist in das Einkommensteuergesetz eine Vorschrift aufgenommen, wonach die Kapitalertragssteuer zu drei Vierteln auf die Einkommensteuer angerechnet wird, wenn der Steuerpflichtige mehr als 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist, sein Einkommen nicht mehr als 5000 Mark beträgt und entweder nur aus Kapitalzins oder aus Kapitalerträgen in Verbindung mit Wartegeldern, Ruhegehältern, Witwen- und Waisenpensionen und andern Bezügen für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit fällt. — Das Gesetz soll am 1. März 1920 in Kraft treten.

Die neue Entente-Note.

Berlin, 2. Dezember. Dem deutschen Vertreter in Paris ist am 2. Dezember eine von Clemenceau unterzeichnete Note zugegangen, in der es heißt:

Sie haben am 27. November ein Schreiben über die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen an mich gerichtet, das eine Reihe von Behauptungen enthält, deren schneidender Ton nicht ausreicht, um ihre Unrichtigkeit zu verdecken.

Ganz allgemein hatte Deutschland in der Kriegsgefangenenfrage nur ein in dem von ihm unterzeichneten Friedensvertrag formuliertes Recht, nämlich auf den Beginn der Heimschaffung mit dem Tage der Inkraftsetzung des Vertrages, die auf den endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt. Jede Abweichung von diesen Bestimmungen, die für die Vertragsteile festgesetzt sind, ist eine Vergünstigung. Die Behauptung, die Gefangenen seien schuldlos und für die Kriegsvorgänge nicht verantwortlich, hält übrigens der Prüfung nicht stand.

Ihre Note erklärt, die französische Regierung habe zuerst am 29. August 1919 und später aus Anlaß der deutschen Kohlenlieferungen oder bei der Zahlung einer Million an das Rote Kreuz als Sühne für die Ermordung des Sergeanten Mannheim in Berlin bestimmte Verpflichtungen hinsichtlich der früheren Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen übernommen. Diese dreifache Behauptung entbehrt der Begründung. Niemals hat die französische Regierung eine eigene Verpflichtung in der Frage übernommen, die zur Zuständigkeit der Gesamtheit der Verbündeten gehört.

Die Erklärung vom 29. August, die aus Gründen der Menschlichkeit und nicht gegen etwaige Zugeständnisse von deutscher Seite den Entschluß der Verbündeten verkündet hat, das Inkrafttreten des Friedensvertrages hinsichtlich der Heimschaffung der Gefangenen vorzudatieren, ist später erfolgt als die Besprechung über die Kohlenfrage und diejenige über den Sergeanten Mannheim, die dabei jedenfalls eine vollauf befriedigende Lösung dadurch gefunden haben, daß die französische Regierung der Heimschaffung zugestimmt hat. Diese Erklärung ist nicht zwischen der französischen Regierung und der deutschen Regierung in der Form eines aus Verhandlungen hervorgegangenen Versprechens vereinbart worden. Es ist dies eine humanitäre Erklärung aller Verbündeten über die Gesamtheit der von ihnen gemachten deutschen Gefangenen. Die Erklärung verkündet:

1. Den sofortigen Beginn der Heimschaffung.
2. Die mögliche Unterbrechung dieser wohlwollenden Politik für den Fall, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk nicht alle die Verpflichtungen aus dem Waffenstillstandsvertrage, der sie bis zur endgültigen Ratifikation des Vertrages bindet, erfüllen sollte. Gemäß diesem einseitigen Beschlusse der Verbündeten hat die Heimschaffung sofort begonnen und ist mehrere Monate lang durch die Rückkehr der deutschen Gefangenen aus England, Amerika und Belgien verwirklicht worden.

Wiederum gemäß der Erklärung vom 29. August wurde die Heimsendung der Gefangenen eingestellt wegen der Verletzung, der Nichterfüllung und der unvollständigen Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes durch die deutsche Regierung.

Durch die Note vom 1. November sind der deutschen Regierung ihre Versuche gegen die beim Waffenstillstand vom 11. November 1918 übernommenen Verpflichtungen vorgehalten worden. Sie wurde von den Maßnahmen und Strafen unterrichtet, die vorgesehen sind, um die vollkommene Durchführung des im Friedensvertrag nicht erneuerten Waffenstillstandsbedingungen zu sichern. Die französische Regierung verfolgt keine auf die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen gestützte Politik und bedient sich ihrer nicht als Druckmittel. Sie hält sich lediglich an die Bestimmungen des Vertrages und wenn die im August eingeleitete wohlwollende Maßnahme nicht bis zu Ende durchgeführt wurde, so ist dies ausschließlich auf die Verstöße der deutschen Regierung gegen ihre eigenen Verpflichtungen zurückzuführen.

Die Verantwortlichkeit Deutschlands für die Verzögerung in der Heimschaffung der deutschen Gefangenen ergibt sich unmittelbar und schlagend aus der Tatsache, daß auf die Note der Alliierten vom 1. November keine Antwort erteilt wurde und daß die Experten, nachdem sie zur Regelung der Arbeit der zur Ausführung des Friedensvertrages eingesetzten Kommissionen nach Paris entsandt wurden, zwei Tage nach ihrer Ankunft wieder nach Berlin zurückberufen wurden, obwohl das Datum und das Verfahren für die Erledigung der aufgeworfenen Fragen im Einvernehmen mit diesen Delegierten festgesetzt worden war.

Die deutsche Regierung ist es, die sich der Frage der Kriegsgefangenen zur Erregung der deutschen öffentlichen Meinung gegen die Alliierten und ganz besonders gegen Frankreich zu bedienen sucht. Anstatt sich an den in Aussicht genommenen Abschlußverhandlungen zu beteiligen, hat die deutsche Regierung eine diplomatische Haltung angenommen und in einem unerträglichen Ton eine Erörterung über die Heimschaffung der Gefangenen eröffnet, obwohl es in ihrer Macht stand, daß diese sofortig, noch Ende vorigen Monats, das heißt, nach wenigen Tagen heimkehrten.

Ohne auf die (im übrigen der Richtigkeit bedürfenden) Verteidigungsversuche hinsichtlich Oberschlesiens und Oberschlesiens auf die Frage der baltischen Provinzen (wo Deutschland sich erst auf starken Zwang hin zur teilweisen Erfüllung seiner Verpflichtungen verstanden hat), noch auf Artikel 61 der Verfassung, der bis zum heutigen Tage noch nicht aufgehoben ist (wartet doch die deutsche Regierung stets den letzten Augenblick und einen moralischen und tatsächlichen Zwang ab, ehe sie ihren Verpflichtungen nachkommt), noch schließlich auf kühne Behauptungen einzugehen, daß Deutschland auf seine Propaganda verzichtet habe (von der die Alliierten so viele unzweifelhafte Beweise besitzen), will ich mich nur mit der Frage der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191203035/fragment/page=0002